



Auf dem Areal Dreispitz Nord soll ein neues Quartier entstehen. Dabei soll sich das Dach des MParcs in eine öffentliche Grünfläche verwandeln. Visualisierung: Herzog & de Meuron

Anwohnerverein fordert Grünfläche statt Stadthäuser

Dreispitz-Bebauung Der Verein «Wohnliches Gundeli Ost» kritisiert den Entwurf für das Quartier auf dem Areal Dreispitz Nord. Nach seiner Vorstellung sollen geplante Gebäude einem Park weichen.

Isabelle Thommen

Ein grosser Park: Das ist das erklärte Ziel des Quartiervereins «Wohnliches Gundeli Ost» (WGO). Er soll – geht der Wunsch des Vereins in Erfüllung – auf dem Areal Dreispitz Nord entstehen. Dort ist derzeit ein komplett neues Quartier in Planung. Der Verein sieht mit der aktuellen Planung die Chance, einen Park von 10'000 bis 12'000 Quadratmetern zu schaffen. Zum Vergleich: Ein Fussballfeld ist 7140 Quadratmeter gross.

«Auch wenn die schönen Marketingbilder etwas anderes suggerieren, ist lediglich ein kleiner Park von 6100 Quadratmetern geplant», kritisiert der Verein. «Das macht gerade einmal 4,4 Quadratmeter für jeden der 1400 geplanten Einwohnerinnen und Einwohner der neuen Überbauten. Das ist weniger als die 11 Quadratmeter Grünfläche pro Person, die heute im Quartier zur Verfügung stehen», schreibt er in einer Mitteilung.

Vorstandsmitglied Sarah Steg führt auf Anfrage aus: «Das Projekt sollte aus unserer Sicht dazu dienen, diesen im städtischen Vergleich sehr tiefen Wert deutlich zu erhöhen.» Der Park im Grünen liege für viele zu weit weg: «Für die Anwohnerinnen

und Anwohner des dicht besiedelten Gundeli Ost ist ein Park in unmittelbarer Wohnumgebung wichtig, insbesondere auch für die Kinder und die älteren Menschen.» Zudem sei ein Park auch ein Schutz vor zu hohen Temperaturen im Sommer. Den geforderten Park brauche es wegen des Klimanotstands und um das von der Regierung geforderte Konzept der «Schwammstadt» umzusetzen.

10'000 Quadratmeter Dachpark

Die geplante öffentlich zugängliche Grünfläche auf dem Dach des MParcs werde für diese Ziele nicht reichen – denn dort könnten keine Bäume gepflanzt werden. «Diese Art von Grünfläche stellt keinen hohen ökologischen Wert dar und kann nichts zur Eindämmung der Klimaerwärmung beitragen», kritisiert der Verein.

Doch Bäume sind auf dem Dachpark möglich, widerspricht Sarah Schmid, Mediensprecherin des Basler Bau- und Verkehrsdepartements (BVD), auf Anfrage der BaZ: «Auf dem Dreispitz-Dachpark können und sollen auch Bäume gepflanzt werden. Dazu würden bereits entsprechende statische Abklärungen vorgenommen, die bestätigen, dass das möglich ist. Aus stadt-

klimatischer Sicht ist es unerlässlich, den Dachpark mit Bäumen zu beschatten und damit auch im Sommer eine hohe Aufenthaltsqualität zu schaffen.»

Der Dachpark wird einen Umfang von rund 10'000 Quadratmetern haben. Damit sind im Richtprojekt für das neue Quartier rund 16'100 Quadratmeter an Grünfläche vorgesehen.

Neben dem grösseren Park fordert der Verein unter anderem einen Verzicht auf die geplanten Stadthäuser – Letzteres, um dem geplanten Park mehr Fläche zu bieten. «Die Stadthäuser wurden

«Ein Verzicht auf den gemeinnützigen Wohnungsbau ist nicht denkbar.»

Sarah Schmid
Mediensprecherin Bau- und Verkehrsdepartement Basel-Stadt

dem Projekt erst im Nachhinein hinzugefügt, als es darum ging, auch bezahlbaren Wohnraum zu schaffen», sagt Steg. Im November 2021 hatte die Basler Stimmbürgerinnen die Initiative «Ja zum echten Wohnschutz» angenommen. «Wir finden, dass bezahlbarer Wohnraum für Basel wichtig ist, aber wir können nicht hinnehmen, dass dieser die Dichte der Bebauung erhöht und den Park verkleinert.» Der bezahlbare Wohnraum könne auch in den unteren Stockwerken der Hochhäuser untergebracht werden, so die Argumentation des Vereins.

«Ein Verzicht auf den gemeinnützigen Wohnungsbau ist nicht denkbar und würde das Projekt verunmöglichen», sagt BVD-Sprecherin Schmid. «Dabei kann die Bedeutung der Stadthäuser für das Projekt nicht unterschätzt werden.» Sie würden für eine ausgewogene soziale Durchmischung sorgen und das Wohnen in den Hochhäusern durch «eher grösseren und vor allem auch für Familien idealen Wohnraum» ergänzen. «Der gemeinnützige Wohnraum ist auch in der politischen Wahrnehmung des Areals von zentraler Bedeutung. Tragen die Stadthäuser

doch entscheidend dazu bei, dass das Areal Dreispitz Nord ein Drittel preisgünstigen gemeinnützigen Wohnungsbau aufweist, wie vom kantonalen Richtplan gefordert», sagt Schmid.

Das BVD habe alle betroffenen Parteien, Verbände und Quartierorganisationen von Anfang an in den Prozess integriert, sagt Schmid. «Ab 2020 hat sich der Verein WGO jedoch nur noch passiv beteiligt. Mehrere Gesprächsangebote seitens des BVD hat der Verein leider nicht wahrgenommen.»

Der WGO seinerseits hofft auf «eine breite politische Diskussion über den Bebauungsplan». Der Verein hat seine Anliegen mit einer Stellungnahme zum Entwurf des Bebauungsplans an die Regierungsrätin Esther Keller geschickt. «Der WGO wehrt sich nicht grundsätzlich gegen eine Entwicklung des Areals. Das vorliegende Projekt dient aber in erster Linie den wirtschaftlichen Interessen von Migros und CMS und bietet keinen relevanten Mehrwert für das Quartier.» Der Verein kündigt an, sich mit Parlamentariern auszutauschen. «Wir hoffen, dass wir via Grossen Rat noch Verbesserungen am Bebauungsplan, welche die Interessen unseres Quartiers berücksichtigen, erreichen können.»

Auch für SP-Grossrat Pascal Pfister sind die gesetzlichen Grundlagen klar: «Betteln an der Haustür ist nicht erlaubt.» Er plädiert allerdings dafür, die Basler Polizei in dieser Situation nicht alleinzulassen. «Mit den lächerlich wenig jährlichen Stunden, welche Basel in Streetwork mit den Bettelnden investiert, ist es nicht verwunderlich, dass nicht alle Bettelnden die Regeln kennen.»

Seit der Wiedereinführung eines Verbots im Jahr 2021 hat die Polizei bis heute 431 Ordnungsbussen in Zusammenhang mit dem Betteln ausgestellt. In den letzten Wochen habe die Zahl der Bettlerinnen und Bettler in der Innenstadt wieder etwas zugenommen, sagt Schmitt. Der Grund dafür sei wohl das wärmere Wetter.

Katrin Hauser

Manche Bettler klingeln nun an der Haustür

Ärger im Gundeli Bewohner echauffieren sich auf Facebook über eine neue Methode von Bettlern.

Vereinzelte Bettler sind in Basel dazu übergegangen, an Haustüren zu klingeln. Zwei Fälle aus dem Raum Gundeldingen-Bruderholz kursieren in den sozialen Medien. Demnach habe eine Bettlerin beim Bewohner eines Jugendstilhauses im Gundeli geklingelt und ihm ein Schild sowie das Bild eines Kindes gezeigt. Als der Besitzer ihr deutlich gemacht habe, dass er kein Geld geben möchte, sei sie gegangen.

Ein weiterer Facebook-Nutzer schildert, dass seiner Mutter erst kürzlich etwas Ähnliches passiert sei: Ein Bettler habe an ihrer Haustür geklingelt und sie um 100 Franken gebeten. Als sie ihm nur 20 Franken gegeben habe, sei er auf die Knie gefallen und habe gesagt, dass dies nicht zum Leben reiche.

«Sie werden aggressiver und aufdringlicher»

Die neue Methode der Bettler und Bettlerinnen wird als übergriffig empfunden. Gerade ältere Personen könnten sich überrumpelt fühlen, sagt der Bewohner des Jugendstilhauses.

Pascal Messerli, Präsident der Basler SVP, ist nicht überrascht. «Die Methoden der Bettler verändern sich immer wieder. Sie werden aggressiver und aufdringlicher.» Für Messerli ist klar, dass das Klingeln an der Haustür eine aufdringliche Form des Bettelns darstellt und somit verboten ist. Erst kürzlich wurde das teilweise Basler Bettelverbot in weiten Teilen vom Bundesgericht gestützt. «Nun muss man es einfach noch konsequent anwenden», sagt Messerli.

Die Kantonspolizei Basel-Stadt bestätigt auf Anfrage, dass «in Basel in der Tat auch schon vereinzelt Fälle von Betteln an der Haustür vorgekommen sind». Das sei nicht erlaubt, sagt Mediensprecher Stefan Schmitt und verweist auf zwei Paragraphen im entsprechenden Gesetz: Zum einen wird «mit Busse bestraft, wer innerhalb von fünf Metern um Wohn- und Bürogebäude bettelt». Zum anderen handle es sich um «Betteln in aufdringlicher Art und Weise», was ebenfalls verboten ist.

Mangelhaftes Streetworking in Basel

Auch für SP-Grossrat Pascal Pfister sind die gesetzlichen Grundlagen klar: «Betteln an der Haustür ist nicht erlaubt.» Er plädiert allerdings dafür, die Basler Polizei in dieser Situation nicht alleinzulassen. «Mit den lächerlich wenig jährlichen Stunden, welche Basel in Streetwork mit den Bettelnden investiert, ist es nicht verwunderlich, dass nicht alle Bettelnden die Regeln kennen.»

Seit der Wiedereinführung eines Verbots im Jahr 2021 hat die Polizei bis heute 431 Ordnungsbussen in Zusammenhang mit dem Betteln ausgestellt. In den letzten Wochen habe die Zahl der Bettlerinnen und Bettler in der Innenstadt wieder etwas zugenommen, sagt Schmitt. Der Grund dafür sei wohl das wärmere Wetter.

Brisant dabei: Schon 2011 musste sich der Binniger Gemeinderat ähnliche Vorwürfe gefallen lassen. Und sonderbarerweise

Basler Zeitung
Samstag, 22. April 2023

Basler Zeitung
Samstag, 22. April 2023

T wie tückisch, T wie Tigermücke

Aggressiver Blutsauger Basel-Stadt bietet Sprechstunden zum Umgang mit dem lästigen asiatischen Insekt an. Porträt eines Plagegeistes.

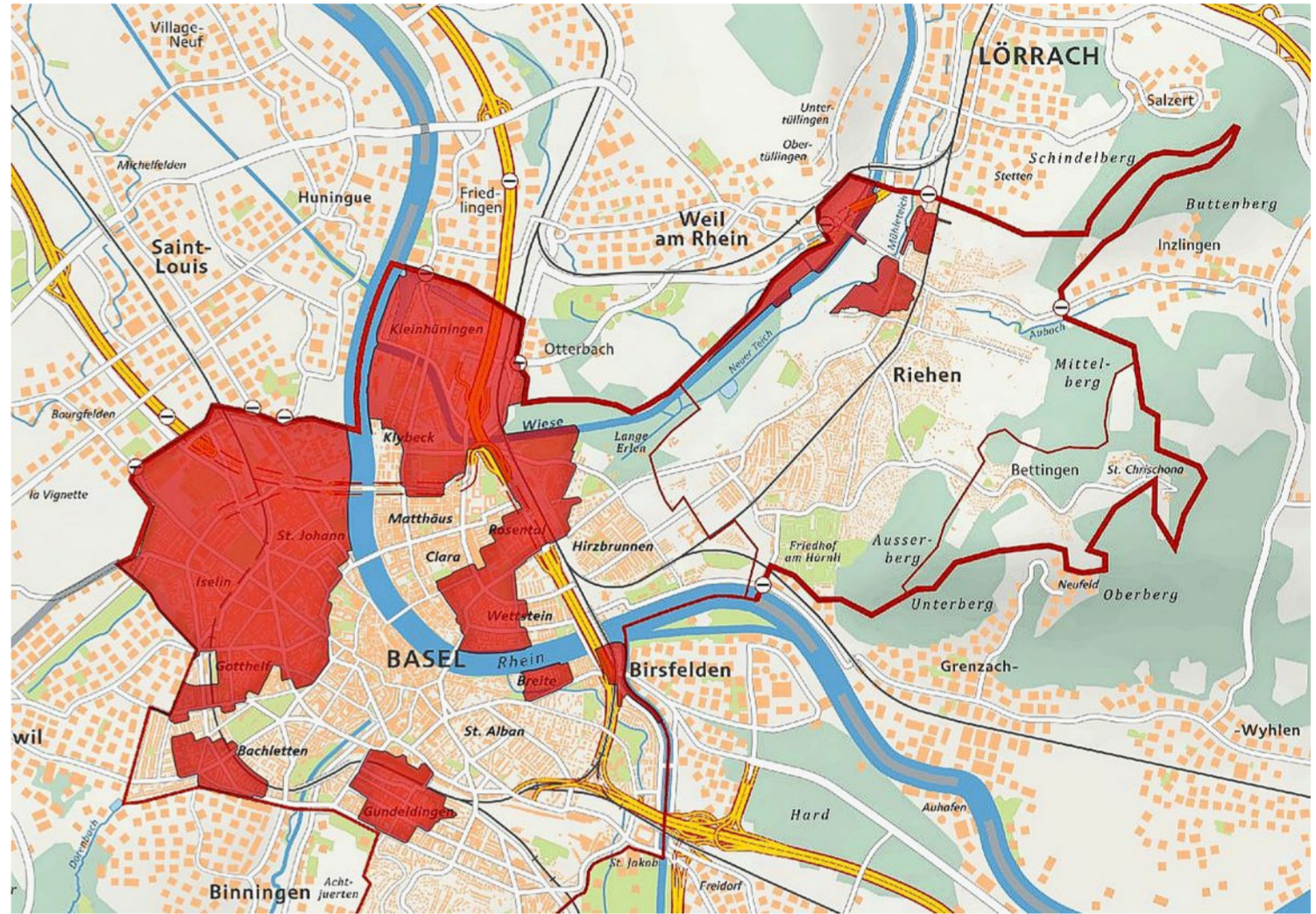
Martin Furrer

Sie ist die derzeit wohl unbeliebteste Bewohnerin Basels, männliche Exemplare sind mitgemeint. Obwohl sie einen Migrationshintergrund hat, veranstalten die Behörden keinen Willkommensanlass, wie sie es für Zugewogene zu tun pflegen. Auch Integrationskurse sind nicht geplant. Im Gegenteil. Die Asiatische Tigermücke, die sich seit 2015 am Rheinknie heimisch fühlt, wird vergrämt, ja gejagt wie eine Verbrecherin in der Sendung «Aktenzeichen XY ungelöst». Ab Mai stellt das Gesundheitsdepartement Basel-Stadt auf dem gesamten Kantonsterritorium Tigermückenfallen auf. In Freizeitgärten liegen Merkblätter sogar auf Farsi, Mazedonisch oder Arabisch auf, die aufklären, wie man ihrer Herr werden kann.

Weil sich die Tigermücke dank des heissen Sommers 2022 stark verbreitet habe, ruft das Departement jetzt auch die Bevölkerung auf, sich an der Jagd zu beteiligen. Sie sei «aggressiv» und steche hemmungslos zu. Nicht nur im Schutz der Dunkelheit, sondern selbst am heiteren Tag. Auch die Bau- und Umweltschutzdirektion des Kantons Basel-Landschaft bittet um «aktive Mithilfe». Sie warnt, das Insekt sei nicht nur «sehr lästig», sondern auch «gefährlich»: Es könne mit seinem Stich starke Hautreaktionen auslösen und Krankheiten übertragen. «Melden Sie verdächtige Mücken!», lautet der Appell.

Wie aber erkennt man eine Tigermücke? Dass sie gemäss der biologischen Systematik zur Familie der Stechmücken gehört, am Insektenforscher interessieren, hilft einem im Ernstfall aber nicht weiter. Auch die Tatsache, dass sich die Viecher im Flug paaren und – glaubt man Wikipedia – eine Kopulation «normalerweise nicht länger als zehn Sekunden dauert», ist irrelevant.

Wichtiger ist das einprägsame Signaleme: Die Asiatische Tigermücke ist etwa zwei bis zehn Millimeter gross und



Die Tigermücke fühlt sich von Basel-West bis Riehen wohl. Screenshot: Geoviewer Basel-Stadt

damit kleiner als die einheimische Stechmücke. Sie ist auffällig schwarz-weiss gemustert. Am Kopf hat sie eine längliche, silberne, gut sichtbare Linie.

Vorsicht, das Tier ist bewaffnet: Der Stechrüssel ist dunkel gefärbt. So klein die Tigermücke ist, so gemein geht sie bei ihren Attacken vor: Den Stich spürt man kaum. Übrigens sind es – wie bei den übri-gen Stechmücken auch – die Weibchen, die Blut saugen.

Wenn jemand eine grosse Anpassungsfähigkeit bescheinigt wird, mag das eine Auszeichnung sein. Im Fall der Tigermücke erweist sich ihre Anpassungsfähigkeit für den Menschen jedoch als Fluch. Das Biebst, so zierlich es ausseht mag und so sanft es sirt, ist von derart robuster Natur, dass es mit den Wetterkapriolen in



Lästig, aggressiv, hemmungslos: Asiatische Tigermücke. Foto: PD

unseren Breitengraden sehr gut umgehen kann. Der deutsche Virologe Jonas Schmidt-Chanais, ein Experte in Sachen tierische Plagegeister, weiss: «Es ist nicht so, dass man denkt, das ist ja eine tropische Mücke, die ist ja ganz schwächlich, und sobald es einmal ein bisschen kalt wird, ist die tot.» Nein, die Tigermücke

ist einiges kältetoleranter als die Gemeine Stechmücke.

Eier legt sie mit Vorliebe in Wasseransammlungen ab, wie man sie in Pflanzenuntersetzern, Einlaufgittern, Giesskannen oder Dachrinnen findet.

In Europa wurde die Asiatische Tigermücke erstmals 1979 in Albanien gesichtet, eingeschleppt mit Importware aus China. Anfang der 1990er-Jahre gelangte sie, versteckt in gebrauchten Reifen, aus Amerika nach Italien und eroberte von dort aus das Tessin und dann die restliche Schweiz.

Wirft man einen Blick auf das Geoportale des Kantons Basel-Stadt, auf dem das Verbreitungsgebiet rot eingetragen ist, sieht es aus, als habe jemand grossflächig Blut verspritzt. Das Klybeck und Kleinhüningen sind schon

fest in der Hand der Tigermücke. Ausserdem hat sie sich im Wettstein- und im Hirzbrunnquartier festgesetzt und im westlichen Teil des Gundeldingerquartiers erobert. Sie schwirrt im Bachletten, im St. Johann und in der Breite herum. Auch der nördliche Teil von Riehen bleibt nicht von ihr verschont. Rette sich, wer kann. Erste Hilfe findet man ab Ende April in der Tigermücken-Sprechstunde des Kantonalen Laboratoriums und der Stadtgärtnerei.

Tigermücken-Sprechstunde im Zwei-Wochen-Rhythmus: Donnerstags Kantonslabor, Kannenfeldstrasse 2 (erster Termin: 27.4., 12–13 Uhr); mittwochs Stadtgärtnerei, Münsterplatz 10 (erster Termin: 10.5., 17–18 Uhr). Gratisabgabe eines biologischen Larvizids. Infos: www.kantonlabor.bs.ch/tigermuecke und www.muecken-schweiz.ch

Ein Interview im Binniger Amtsblättchen löst einen Shitstorm aus

«Behördenpropaganda» SVP und FDP kritisieren die Öffentlichkeitsarbeit des Binniger Gemeinderats scharf.

Der Gemeinderat in Binningen sieht sich mit heftigen Vorwürfen konfrontiert. Das Gremium wird beschuldigt, die Abstimmung über den Kredit für den Werkhofneubau rechtswrig zu beeinflussen – und die Bevölkerung mutwillig zu indoktrinieren. FDP-Landrat Marc Schinzel spricht von einem «undemokratischen Vorgehen». Was ist geschehen?

Im Amtsblättchen, dem «Binniger Anzeiger», publizierte der Gemeinderat dieser Tage einen Artikel, in dem der eigene Medienverantwortliche, Bernhard Keller, den Leiter des Werkhofs interviewte. Das Gespräch dreht sich grossmehrdlich um die Abstimmung von Mitte Juni, wenn die

Bevölkerung über den Kredit von 13,7 Millionen Franken für den geplanten Werkhofneubau befindet. Über das Vorhaben wird im Text mit viel Wohlwollen gesprochen. Für Schinzel unverständlich. «Das ist glasklare Behördenpropaganda», sagt er, «eine krass einseitige Darstellung der Sachlage.» Das Projekt werde in den Himmel gelobt, obschon es durchaus Kritik daran gebe. «Ein No-go, eine Einmischung in die politische Willensbildung», so der Landrat.

Wiederholungsbote? Brisant dabei: Schon 2011 musste sich der Binniger Gemeinderat ähnliche Vorwürfe gefallen lassen. Und sonderbarerweise

ging es bereits damals um eine Werkhof-Abstimmung. Während eine Mehrheit der Stimmbürger dem damaligen Kreditantrag vorerst Folge leistete, hiess der Baseltier Regierungsrat im Nachgang eine Beschwerde gut und ordnete eine Wiederholung des Urnenganges an – in der das Projekt krachend scheiterte.

Die damalige Kritik: Sie klingt beinahe identisch wie heute. Der Gemeinderat habe den Gegnern im «Binniger Anzeiger» viel weniger Platz für ihre Argumente eingeräumt, hiess es unter anderem.

Schinzel ist baff: «Wir haben Bauklötze gestaut, als wir den jetzigen Text gelesen haben.» Der Gemeinderat begehe dieselben

Fehler wie vor zwölf Jahren, sagt der Landrat und betont: «Das geht so einfach nicht.»

In der Tat gibt es in der Gemeinde viele Stimmen, die dem Neubau skeptisch entgegenblicken – vor allem, da der Werkhof in unmittelbarer Nähe zum Friedhof Margarethen errichtet werden soll. Im Einwohnerrat monierten SVP und FDP unter anderem, dass es pietätlos sei, während einer Abdankung Flaschen zu entsorgen.

Das kommunale Komitee «Kein Werkhof am Friedhof» kämpft aktiv gegen die Realisierung an – und fordert nun Chancengleichheit. Zusammen mit der Volkspartei haben die Freisinnigen gestern einen dringlichen Vorstoss

lanziert, in dem der Gemeinderat mit der Kritik am Interview im Amtsblättchen konfrontiert wird.

Unter anderem wollen die Einwohner wissen, ob den Gegnern der gleiche publizistische Raum zur Verfügung gestellt werde. Darauf und auf weitere Kritikpunkte möchten der Gemeinderat sowie der Medienverantwortliche Bernhard Keller derzeit jedoch nicht eingehen. Er sagt: «Es ist nicht Aufgabe der Verwaltung, zu diesen Vorwürfen, welche explizit an den Gemeinderat gerichtet sind, Stellung zu beziehen.» Am Montag wird der Einwohnerrat über die Dringlichkeit befinden.

Benjamin Wirth

Grosseinsatz in Oberwil wegen Bombendrohung

Falscher Alarm In Oberwil sorgte gestern eine Bombendrohung für einen Grosseinsatz der Polizei beim Einkaufszentrum Mühle-matt. Laut Baseltier Polizei ging in der Filiale einer Arbeitslosen-kasse im Gebäude kurz vor 16 Uhr ein Drohanruf ein. Der Anrufer habe gesagt, «dass eine Bombe losgehen wird».

Das Gebäude, in dem sich ein grosser Migros-Markt und weitere Geschäfte befinden, wurde evakuiert. «Es ist niemand mehr in Gefahr», sagte Mediensprecher Roland Walter gestern kurz nach 17 Uhr. Die Behörden durchsuchten das Gebäude. Dabei kamen auch Suchhunde zum Einsatz. Endgültig Entwarnung gab die Polizei kurz nach 18.30 Uhr und erklärte den Einsatz in Oberwil für beendet. Es sei kein verdächtiger Gegenstand gefunden worden, hiess es.

Die Mühle-mattstrasse und das Einkaufszentrum war wegen des Einsatzes für mehrere Stunden gesperrt. Laut der Polizei kam es zu Behinderungen im Feierabendverkehr. (*amu/ith*)

Nachrichten

Pensionskasse mit negativer Performance

Basel Bei der Pensionskasse Basel-Stadt (PKBS) ist der Deckungsgrad der Gesamtkasse 2022 im Vergleich zum Vorjahr um 10 Prozentpunkte auf 99,2 Prozent gesunken. Die Performance betrug minus 7,59 Prozent. Im Vorjahr hatte PKBS noch eine positive Performance von 9,38 Prozent erzielt. Die Situation an den Finanzmärkten habe eine grosse Herausforderung dargestellt, teilte die PKBS gestern mit. Der durchschnittliche Deckungsgrad der Vorsorgewerke in Teilkapitalisierung nahm von 108,2 Prozent auf 98,4 Prozent ab. Der Deckungsgrad zeigt das Verhältnis zwischen den Verpflichtungen und dem Vermögen einer Pensionskasse auf. Beträgt der Deckungsgrad weniger als 90 Prozent, so muss die Pensionskasse üblicherweise Sanierungs-massnahmen einleiten. (*sda/bor*)

Basler räumt bei Chemie-Olympiade ab

Basel Der Lernende Laborant Chemie Vivian Huber aus Basel hat an der Schweizer Chemie-Olympiade die Goldmedaille gewonnen und sich gegen 472 Mitbewerber durchgesetzt, wie das Basler Erziehungsdepartement gestern mitteilte. Huber wird als einer von vier Schweizer Vertretern an der Internationalen Chemie-Olympiade teilnehmen, die dieses Jahr in der Schweiz stattfinden wird. (*bor*)

ANZEIGE

Schaffen Sie mehr Wert – für sich und die Umwelt

Vorausschauend seit Generationen

Private Banking